

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Dezember 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobeanzeigen 20 Pf., die übrigen halbierte; Anzeilen, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamationsanzeigen 60 Pf., die Zeile, Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 145

Gauvorsteherkonferenz

Vom 4. bis einschließlich 7. Dezember tagte in Berlin im „Gewerkschaftshaus“ eine Gauvorsteherkonferenz. Angehört der heutigen Zeitverhältnisse mit ihrer Not und Anstrengung für das gesamte werktätige Volk und den daraus für die Gewerkschaften erwachsenden vielfältigen und ungemessen schwierigen Aufgaben ist es fast überflüssig zu sagen, daß es eine wichtige Konferenz war. Tatsächlich übertrug die letzte Gauvorsteherkonferenz ihre Vorkämpferrollen in prinzipieller und faktischer Hinsicht bei weitem. Die zur Beratung gestellten hauptsächlichsten Tagesordnungspunkte lassen das schon erkennen: „Die gegenwärtige Lage und Stellungnahme zur Tarifabschließung“, „Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei tariflichen Abschlüssen“, „Unser Verhältnis zu den übrigen graphischen Verbänden“, „Die bevorstehende Generalversammlung“. Der Wichtigkeit der Konferenz entsprach auch die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises. Außer den Vertretern sämtlicher Gauen waren erschienen der gesamte Verbandsvorstand, die „Korr.“-Redaktion, die Gehilfenvertreter aller Tarifzweige, Vertreter der Zentralkommissionen der Sparten, die Gehilfenbeiräte im Tarifamt und ein Vertreter des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker.

Unter Verbandsvorsitzender Kollege Seif leitete die Verhandlungen mit dem Wunsche ein, daß sie einen im Interesse der Gesamtheit liegenden Verlauf nehmen möchten. Der erste Tag war fast ausschließlich der Behandlung organisatorischer Fragen gewidmet. Zunächst nahm man Kenntnis von dem in Nr. 142 des „Korr.“ abgedruckten Schreiben des Bundeslehrers der Deutsch-Amerikanischen Typographie in Indianapolis, worin mitgeteilt wird, daß die deutsch-amerikanischen Kollegen ihren Berufsgenossen in Deutschland 10000 Mk. zur Verteilung an Kollektende überwiesen haben. Namens des gesamten Verbandes stattete Kollege Seif unter allgemeiner Zustimmung den deutsch-amerikanischen Buchdruckern für den abermaligen hochherzigen Beweise ihres Solidaritätsgefühls innigen Dank ab. Die Verwendung der Summe werde bestimmungsgemäß erfolgen, Sodann machte Kollege Seif Mitteilungen über einige nach dem Ausscheiden des Kollegen Grammann im Verbandsvorstand eingetretene Veränderungen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Eißler vertretungsweise betraut. Aber die Wiederbelegung des Postens wird die kommende Generalversammlung zu beschließen haben. Infolge außerordentlicher Arbeitshäufung auf dem Verbandsbureau, die sich durch die Vorbereitung der Generalversammlung noch wesentlich steigern dürfte, wurde Kollege Albrecht Fülle, Beisitzer im Verbandsvorstand, provisorisch als Sekretär angestellt. In die durch die Tarifabschließung vom August d. J. eingeleitete Sachkommission, deren Aufgabe es ist, dem Tarifamt als fachtechnischer Beirat zu dienen, wurden auf Vorschläge aus acht Gauen sechs Vertreter und zwei Stellvertreter berufen. Als ordentliche Vertreter kommen folgende Verbandskollegen in Betracht: Joseph Grädinger, Obermaschinenmeister (München), Reinhold Nimper, Seher (Berlin), Wilhelm Schabe, Kalkulator (Hamburg), Karl Engelhardt, Obermaschinenmeister (Hannover), Emil Hallupp, Geschäftsführer (Leipzig), Wilhelm Strakau, Maschinenlehrer (Königsberg i. Pr.); als Stellvertreter: Friedrich Conradt, Seher (Waldau), Wilhelm Kiefer, Obermaschinenmeister (Köln). Es kommen für die Sachkommission nur praktisch tätige Kollegen in Frage. Der ebenfalls vom Tarifabschluß eingeleiteten Lehrlingskommission gehören an die Kollegen Albrecht Fülle (vom Verbandsvorstand), Bruno Dreher (Gau Leipzig) und Paul Muffall (Gau Berlin).

Wegen der Abtrennung des Gaus Elb-Lothringen vom deutschen Verbande wurden vor einiger Zeit zwischen den beiderseitigen Vertretern Verhandlungen gepflogen, in deren Verlaufe bestimmte Vereinbarungen festgelegt wurden. Danach erhält der Gau Elb-Lothringen aus dem Verbandsvermögen, nach dem gegenwärtigen Mitgliederstande berechnet, eine Abfindungssumme von 200000 Mk. Außer-

dem erklärte sich der Verband der Deutschen Buchdrucker bereit, aus der Zahl der im Gau Elb-Lothringen vorhandenen Invaliden diejenigen zu übernehmen, die die deutsche Staatsangehörigkeit beibehalten haben und bis zum 31. Dezember 1920 nach Deutschland übersiedeln gelassen sind. Beide Organisationsparteien verpflichten sich, bei Übersiedlung von Mitgliedern von einem Land in das andere Anzugsbeihilfen bis zur Grenze zu gewähren. In den übrigen Unterfüßungszweigen bleibt das bisherige gegenseitige Verhältnis bestehen; die Sektion Elb-Lothringen verpflichtet sich aber, die Zustimmung des Zentralkomitees des französischen Bucharbeiterverbandes zum Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrags mit dem deutschen Verband einzubohlen. Letzteres ist bereits geschehen. Da den Elb-Lothringern volle Autonomie zugesprochen wurde, bleibt die Gegenseitigkeit aufrecht erhalten. Bei Bemessung der einmaligen Abfindungssumme mußte berücksichtigt werden, daß beim korporativen Eintritt in den deutschen Verband von den elb-lothringischen Kollegen ein Vermögen von 125000 Mk. eingebracht worden ist, daß während ihrer Zugehörigkeitsdauer mit Zuschüssen nicht gerechnet zu werden brauchte und daß der Austritt wie der Eintritt geschlossen erfolgte. Im Anschluß an die Mitteilungen über die Abfindung der Elb-Lothringer stellte Kollege Seif kurz ähnlich gearbeitete Vorschläge in den Gebieten, die an Dänemark und Polen fallen. Auch dort wird nach erfolgter Abtrennung mit weiteren Mitgliederverlusten zu rechnen sein, was gewisse Klarstellungen durch die Generalversammlung erfordert.

Dann rekapitulierte der Verbandsvorsitzende einige Beschlüsse des internationalen Kongresses in Luzern, besonders die Verlegung des Sitzes des Internationalen Sekretariats nach Bern, besprach weiter das engere Inverbindungstreten des Verbandes mit dem Bildungsverbande der Deutschen Buchdrucker, die geplante Herausgabe eines Lehrlingsblattes, und kam schließlich auf die Faktorenangelegenheit zu sprechen, die in letzter Zeit in einigen Orten eine Rolle spielte. Soweit tarifliche Bestrebungen in Betracht kommen, würden die Faktoren jezeitlich die Unterstützung des Verbandes finden, während die Regelung organisatorischer Fragen jenen selbst zu überlassen sei. Für Organisationszerpflüchter bestimme im Verbandsso wenig Interesse wie an der Gründung einer Faktorenpartei.

Infolge örtlicher Lohnbewegungen zur Durchsetzung höherer Steuerzulagen, wie sie in letzter Zeit verschiedentlich zu verzeichnen waren, sind zahlreiche Protestschreiben beim Verbandsvorstand eingelaufen, weil dieser jene wilden Bewegungen weder moralisch noch materiell unterstützte. Kollege Seif betonte deshalb die Notwendigkeit, Arbeit darüber zu schaffen, ob der sich gegen den Verbandsvorstand und die „Korr.“-Redaktion richtende Groll berechtigt sei oder nicht. Sollte der Verband fernerhin bei der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als Vertragskontrahent nicht jeden Kredit verlieren, dann dürfe der Verbandsvorstand nicht anders als bisher geschehen handeln, und das Verbandsorgan müsse dieser Haltung unbedingt Rechnung tragen. Summieren wir es an der Orientierung der Verbandsleitung und der „Korr.“-Redaktion vollständig fehlen. Man stelle die verantwortlichen Stellen einfach vor vollendete Tatsachen, und überlasse es ihnen, sich aus den Mitteilungen der Tageszeitungen über die Ursachen und den Stand der Bewegungen zu unterrichten. (Bemerkungen möchten wir in betreff des „Korr.“ hierbei noch, daß man im Bewußtsein einer Abspaltung der gewerkschaftlich wie tariflich geltenden Methoden das Verbandsorgan meistens gern außer Betracht ließ oder uns auch direkt erluchte, auf Grund von Notizen in den Tageszeitungen nichts über die Bewegung zu bringen, die Sache sei mehr oder weniger falsch dargestellt, im übrigen aber erledigt.)

Im Anschlusse hieran gab der Verbandsvorsitzende eine kurze Schilderung des Königsberger Streiks, dessen Beilegung erst nach mehrwöchiger Dauer vom Tarifamt eingeleitet werden konnte. Festgestellt wurde auch hier, daß

die Königsberger Gehilfenschaft während der Dauer der Streikzeit das Tarifamt in keiner Weise von den Vorkäufen in Kenntnis gesetzt hat. Am 24. Oktober war von den Gehilfen an die Königsberger Prinzipale das Ersuchen um Gewährung einer monatlichen Steuerzulage gerichtet worden. Da eine Verständigung über diese Forderung nicht zu erzielen war, kam es am 1. November teilweise zur passiven Resistenz, der eine allgemeine Arbeitsniederlegung folgte, die bis gegen Ende November andauerte. Die in der Zwischenzeit mit Hilfe der örtlichen Behörden geführten Einigungsverhandlungen führten zu keiner Verständigung, weshalb das Tarifamt am 22. November an die Parteien die Anfrage richtete, ob sie zwecks Beilegung des Streiks zu Verhandlungen vor dem Tarifamt bereit seien. Hierzu erklärten Gehilfen und Prinzipale ihre Zustimmung. Zwischen den nach Berlin entsandten beiderseitigen Vertretern kam daraufhin eine Einigung auf folgender Grundlage zustande: Die Gehilfen erkennen an, daß die Arbeitsniederlegung einen Bruch mit der tariflichen Ordnung bedeutet und daß die Gehilfenniederlegung verpflichtet gewesen wäre, vor der Arbeitsniederlegung das Tarifamt von der Gehilfenniederlegung in Kenntnis zu setzen und dessen Vermittlung anzurufen. Sie erklären sich deshalb zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit bereit. Die Vertreter der Prinzipale betrachteten mit dieser Erklärung die Angelegenheit für erledigt und erklärten sich bereit, in Rücksicht auf die besonders teuren Lebensverhältnisse in Königsberg den Gehilfen am nächsten Sonntag eine einmalige Zuwendung von 50 Mk. zu gewähren, ab Dezember 40 Mk. pro Monat. Bei einer im Dezember eventuell eintretenden höheren Steuerzulage wird den Gehilfen die Differenz gezahlt. Maßregelungen irgendwelcher Art dürfen nicht stattfinden. Mit der alsbald erfolgten Wiederaufnahme der Arbeit fand die Königsberger Bewegung ihren Abschluß. Mit Recht hob Kollege Seif hervor, daß durch das Eingreifen des Tarifamts eine Niederlage von der Gehilfenschaft ferngehalten worden sei. Was schließlich erreicht wurde, das hätten die Gehilfen bei sachlichem Vorgehen schneller und billiger haben können, und der Organisation wäre eine Bloßstellung erspart geblieben.

Von den sonstigen Mitteilungen des Verbandsvorstandes verdient noch hervorzuheben, daß vom Reichsarbeitsministerium die partielle Aufnahme einer amtlichen Lohnstatistik in 3000 Betrieben aller Größen und weiter eine behördliche Lebenshaltungstabelle in Aussicht genommen ist. Der Verbandsvorstand wird dem Ersuchen, an der Lohnstatistik mitzuwirken, entsprechen. Dem Buchdruckergewerbe sind darin 29 Betriebe und ein Schriftgießereibetrieb zugewiesen. Da die Lohnverhältnisse in Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben ermittelt werden sollen, kommen für uns etwa zehn Städte in Betracht, in denen die drei Betriebsarten vorhanden sind.

An die Mitteilungen des Verbandsvorstandes knüpfte sich eine umfangreiche Aussprache. Sie betraf zunächst die Vervollständigung bzw. Vertiefung des Verbandsvorstandes und eine weiterhin anzustrebende Reorganisation innerhalb des Verbandsbureaus. Allgemein war man der Ansicht, daß es erwünscht sei, möglichst bald aus dem gegenwärtigen Provisorium herauszukommen. Das Schwergewicht bei der Anstellung eines neuen zweiten Verbandsvorsitzenden durch die nächste Generalversammlung sei auf die Gewinnung einer geeigneten organisatorischen Kraft zu legen. Daneben erfordere die Bearbeitung der technischen Organisationsangelegenheiten besondere Determinaten, zu deren Arbeitsgebiet auch die Verfolgung wichtiger Tagesfragen gehöre. Bei dem bisherigen Modus dürfe es nicht bleiben, denn ebenso wie der Verbandsvorstand erkläre auch die Gauvorstände in der zu verrichtenden Kleinarbeit. Vom Verbandsvorstande wurde gefordert gemacht, daß dieser sich der Notwendigkeit einer Reorganisation nicht verschließe, wenn auch nicht überleben werden dürfe, daß man heute in anormalen Verhältnissen lebe. Die Schwierigkeit, sofortige Änderungen einzutreten zu lassen, liege in den tatsächlichen Dingen begründet und dar in, daß nur die Generalversammlung kompetent sei, gründe

legende Beschlüsse zu fassen. Es wurde beschlossen, eine ständige Kommission einzusetzen, die sich mit den aufgeworfenen persönlichen und sachlichen Fragen zu beschäftigen und deren Erledigung durch die Leipziger Generalversammlung zweckentsprechend vorzubereiten hat.

In der Beurteilung der beruflichen Bewegungen zur Erlangung höherer Feuererzeugnisse als der im Tarifauschusse vereinbarten teils die Konferenz einmütig den Standpunkt des Verbandsvorstandes. Es gilt namens der Organisation als festgelegt, daß wilde Streiks nicht gebildet bzw. unterstützt werden können, weil die Vertragswidrigkeit des Verbandes beim Abschluß zentraler Abmachungen darunter leiden würde, woraus der Gesamtheit der Mitglieder der schwerste Schaden erwachsen müßte. Für die Gesamtheit ist nichts gewonnen, wenn es einzelnen Orten oder Personen durch gesondertes Vorgehen gelingt, Lohnerhöhungen oder sonstige Vorteile im Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Das Erreichte bleibt so lange gefährdet durch schlechtgeleitete Bestreben, als es nicht der Gesamtorganisation gelingt, der Allgemeinheit eine bessere Existenzmöglichkeit zu schaffen. Unter Verbandsvorstand hat gegen einzelne Sammlungen bisher keine Einwendungen gemacht, aber die Erhebung obligatorischer Beiträge gilt als unstatthaft. Der „Korr.“ hat sein Verhalten gegenüber wilden Bewegungen dem Organisationsstandpunkt anzupassen und kann offiziell davon keine Notiz nehmen.

Trotz der gegen das berufliche Vorgehen getroffenen organisatorischen Sicherungen wurde nachträglich von der Gewerkschaftskonferenz die Hauptursache der wilden Bewegungen keineswegs verkannt. Wenn der Not der Zeit von der Prinzipalität nicht gesteuert wird durch Gewährung halbwegs auskömmlicher Löhne, dann werden Selbsterhaltung, so bedauerlich sie auch sind, nicht restlos zu verhindern sein. Diese Erwägungen spielen bei der nunmehr folgenden Stellungnahme zur Tarifausschubung eine gewisse Rolle. Die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkte nahmen mehr als einen Tag in Anspruch. Bei allen Gewerkschaften bestand völlige Übereinstimmung darüber, daß bei der Aufstellung der Hauptforderungen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen werden müßte, was im Rahmen des Gesamtgewerbes Westdeutschlands durchführbar ist. Naturgemäß liegt jene Grenze ein Stück hinter den Forderungen, die von Einzelkollegen und ganzen Mitgliedschaften — namentlich in der Provinz — vertreten resp. aufgestellt worden sind. Die Gründe dafür liegen in Verhältnissen, die in der gegenwärtigen Situation hier nicht dargelegt werden können. Die gleiche Übereinstimmung wie bei der Aufstellung der Forderungen bestand selbstverständlich auch hinsichtlich ihrer energischen Verfechtung im Tarifausschusse. Mit Anstrengung aller Beweismittel und aller Kraft soll dafür eingetreten werden, daß das als unabwiesbar notwendig Erkrankte und Festgelegte auch zur Annahme gelangt. Alle sich daraus erhellenden Eventualitäten wurden vom verantwortlichen Standpunkt aus durchdacht und eingehend besprochen.

Die Frage des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder bei tariflichen Abschlüssen wurde in ursächlichem Zusammenhange mit dem vorhergehenden Tagesordnungspunkte behandelt. Sowohl das bedingte Mitbestimmungsrecht sämtlicher Mitglieder beim Tarifausschluß in Betracht kommt, wurde darauf hingewiesen, daß ein solches schon früher in tariflichen Verträgen zur Anwendung gelangt sei, z. B. im Jahre 1896, als es sich um den Streik für oder gegen die Tarifgemeinschaft handelte. Darauf soll im gegebenen Falle zurückgegriffen werden. Eine weitergehende Ausgestaltung des tariflichen Mitbestimmungsrechtes, die unter Umständen auch erhebliche Nachteile für die Gesamtheit durch Verzögerungen im entscheidenden Moment in sich schließt, bleibt einer Beschlussfassung der nächsten Generalversammlung vorbehalten.

Während die beiden ersten Verhandlungstage einer gründlichen Erörterung unserer eigenen Organisations- und Tariffragen dienten, brachte der dritte Tag die Aufrollung jener Fragen, die mit einem engeren Zusammenschluß aller graphischen Berufsorganisationen zusammenhängen und dazu führen sollen, die zukünftigen Produktions- und Erwerbsverhältnisse im graphischen Gewerbe auf eine dem Geiste der neuen Zeit entsprechende einheitliche Grundlage zu stellen. Der vierte Punkt der Tagesordnung, „Unser Verhältnis zu den graphischen Verbänden“, bildete den äußeren Rahmen dieser sehr umfangreichen Aussprache. Der Verbandsvorstand zeichnete in kurzen Strichen ein Bild der bis jetzt schon vorhandenen Entwicklung auf diesem Gebiet, aus dem zu entnehmen war, daß abgesehen von den diesbezüglichen Verhandlungen auf früheren Verbandstagen aller graphischen Organisationen, schon im Februar und Mai d. J. zwischen den einzelnen Verbandsvorständen Vorverhandlungen stattfanden, die einer organisatorischen Annäherung der graphischen Berufsorganisationen dienten. Die Wahl einer besonderen Kommission auf dem diesjährigen Buchbinderverbandstage, die im gleichen Sinne arbeiten sollte, führte zur Ausarbeitung eines entsprechenden Entwurfs für einen Graphischen Bund, der nach mehrmaligen Änderungen nach und nach jene

Fassung erhielt, wie sie schon in Nr. 136 des „Korr.“ zur Veröffentlichung kam und nunmehr für das Zusammenarbeiten der graphischen Organisationen bindende Kraft hat; was selbstverständlich nicht ausschließt, daß unsere nächste Generalversammlung sich mit dieser Frage noch eingehend und maßgebend zu befassen haben wird. Von besonderer Wichtigkeit für diesen engeren Zusammenschluß der Berufsorganisationen im graphischen Gewerbe sind die Bestrebungen, die auf einen einheitlichen Reichstarif zunächst in den einzelnen Gewerbezweigen und darüber hinaus für die gesamte graphische Industrie abzuleiten. Nachdem sowohl die Lithographen und Steinbrucker einen Reichstarif unter Dach und Fach gebracht haben, die Buchbinder ebenfalls einen Manteltarif für das ganze Reichsgebiet abgeschlossen haben und nur noch bezüglich der einzelnen Berufsgruppen zur Zeit Verhandlungen pflegen, ferner endlich auch die Buch- und Steindruckereibehilfsarbeiter kurz vor dem Abschluß eines einheitlichen Reichstarifs stehen, so dürfte der Gedanke eines einheitlichen Reichstarifs für die hauptsächlichsten Berufsgruppen des gesamten graphischen Gewerbes, in der Form eines sogenannten Manteltarifs in absehbarer Zeit seiner Wirklichkeit entgegengehen. Auch im Prinzipalslager hat sich die Meinung für eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im ganzen graphischen Gewerbe in letzter Zeit erheblich verstärkt. Für alle diese Bestrebungen bieten die Satzungen des Graphischen Bundes eine geeignete Grundlage. Für den Verbandsvorstand erwächst aus diesen Aufgaben eine neue große Belastung, der er sich jedoch im Interesse der gesamten graphischen Arbeiterchaft nicht entziehen kann, sondern im Gegenteil nach besten Kräften bestrebt sein wird, die reichen Erfahrungen unserer gewerkschaftlichen und tariflichen Bestrebungen in den Dienst dieser neuen größeren Aufgaben zu stellen. Die Satzungen des Graphischen Bundes bedeuten für jede einzelne Organisation eine gewisse Beschränkung ihrer bisherigen Bewegungsfreiheit, was in einem größeren und klareren Industrierewebe nur noch stärker in Erscheinung treten würde. Wenn die tägliche Erfahrung beweise, daß so wenig die stärkste Militärorganisation der Welt der Menschheit nützlich war, so wenig wird auch die größte Organisationsform den Arbeitern dienlich sein. Je größer eine Organisation, desto schwieriger ihre Überwachbarkeit, ihre Beweglichkeit und Anpassung an veränderte Verhältnisse, um so geringer aber auch das tatsächliche Mitbestimmungsrecht und der Einfluß des einzelnen Mitgliedes. Besonders die Vorgänge im deutschen Metallarbeiterverbände mahnen zur größten Vorsicht. Die Berufsverbände werden daher auch auf lange Zeit hinaus noch die besten Interessenvertretungen der Arbeiterchaft sein. Das hindert aber nicht, daß erprobte gute Erfahrungen und Einrichtungen der einzelnen Organisationen bis zu einem gewissen Grade zentralisiert oder auf eine breitere Basis gestellt würden. Bezüglich der Betriebsräte sei zu beachten, daß diese wohl Funktionäre einzelner Betriebe, aber nicht solche der Organisationen sind, für letztere könnten nur die Organisationsvertrauensleute maßgebend sein, wenn sich die Arbeiter nicht einer individuellen Diktatur unterwerfen wollen. In der Diskussion wurde dieser Standpunkt im allgemeinen als richtig anerkannt und dem Verbandsvorstand in Hinblick auf seine Tätigkeit im Graphischen Bunde Richtlinien mit auf den Weg gegeben, die eine zeitgemäße und durchführbare Umwandlung der Produktions- und Lohnverhältnisse zum Ziele haben. Die Satzungen des Graphischen Bundes und der Graphischen Kartelle, bezüglich deren auch bei den übrigen graphischen Verbänden keine Bedenken bestehen, wurden einstimmig anerkannt.

Hierauf wurde in eine Aussprache über die nächste Generalversammlung des Verbandes eingetreten. Vom Verbandsvorstand wurde mitgeteilt, daß deren Beginn auf den 31. Mai festgesetzt ist und eine Dauer von zehn Tagen angenommen wird; Verhandlungsort wird das „Volkshaus“ in Leipzig sein. Die Spartenkongresse werden direkt vor der Generalversammlung stattfinden. Die vom Verbandsvorstand für die Spartenkongresse zugelangten Zuschlüsse werden aufgegeben. Bezüglich der technischen Interessenvertretung für die Handwerker wurde betont, daß deren Zusammenschluß im Bildungsvorstand der Deutschen Buchdrucker empfehlenswert sei. Die weitere Aussprache über die Aufgaben der nächsten Generalversammlung zeltete eine so große Fülle von Anregungen, daß der Verbandsvorstand seine letzten Kräfte aufbieten mußte, wenn er allen diesen vielseitigen Wünschen auch nur einigermaßen gerecht werden will. Für die wichtigsten Fragen wird der Verbandsvorstand entsprechende Vorträge ausarbeiten und diese so rechtzeitig zur Kenntnis der Mitglieder bringen, daß deren Stellungnahme und Antragstellung innerhalb der statutarisch vorgeschriebenen Frist vollständig gewahrt bleibt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um organisatorische, tarifliche und um Unterstützungsfragen, die alle dem Geiste der neuen Zeit entsprechend, aber auch unter Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen Kräfte und Mittel zu lösen versucht werden sollen. Erwähnt sei noch, daß angesichts der Fülle des Beratungsstoffes die Notwendigkeit der Abhaltung

von zwei Generalversammlungen erforderlich, jedoch in Anbetracht der Kosten und der Verkehrsverhältnisse fallen gelassen wurde. Im Zusammenhange mit dieser Aussprache verdient auch der Bericht der Kommission Beachtung, die am ersten Tage damit beauftragt wurde, Vorschläge für die Neuwahl eines zweiten Verbandsvorstandes und der sonstigen Erweiterung des Hauptvorstandes im Interesse einer fruchtbringenden Tätigkeit der Verbandsleitung zu machen. Bezüglich der Person eines zweiten Vorstandes nahm die Kommission von bestimmten Vorschlägen Abstand, legte aber Wert darauf, zu betonen, daß es sich bei der Besetzung dieses wichtigen Postens nur um einen Kollegen handeln kann, der schon die Fähigkeiten und Erfahrungen für dieses schwere Amt mitbringt und nicht erst jahrelanger Einarbeitung bedarf, was für den ersten Vorstandes der Fall ist. Die dringenden notwendigen Entlastung nur noch eine weitere Belastung bedeuten und dem Verband infolge dessen wenig nützen würde. Die Gewerkschaften wie der Verbandsvorstand sollen bis zur nächsten Generalversammlung entsprechende Umschau halten, damit von der obersten Instanz des Verbandes dann eine zweckdienliche Wahl vorgenommen werden kann, ohne jedoch dem Mitbestimmungsrechte der Mitglieder bzw. deren Delegierten irgendwie vorzugreifen. Zur Entlastung des Verbandsvorstandes soll jedoch jetzt schon ein weiterer Sekretär und eine Hilfskraft im Hauptvorstande zur Aufstellung kommen; jedoch ebenfalls nur vorläufig, d. h. bis zur endgültigen Entscheidung durch die Generalversammlung. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß der Verbandsvorstand sich ausschließlich den wichtigsten Aufgaben eines Gewerkschaftsführers im Geiste der neuen Zeit widmen kann, besonders in Hinblick auf die neuen Aufgaben im Graphischen Bunde, daß ferner die notwendig gewordene Neuorientierung unserer Gewerkschafts- und Tarifpolitik mit richtigem Sachverständnis und der erforderlichen Gründlichkeit vorbereitet und nach dem Willen der Generalversammlung auch wirklich durchgeführt werden kann und nicht nur auf dem Papier stehen bleibt.

Zum sechsten Punkte der Tagesordnung: „Verwaltungsangelegenheiten und Verschiedenes“, gab Kollege Schweinitz einen eingehenden Spezialbericht über die Vermögensverhältnisse des Verbandes, woraus zu entnehmen war, daß sowohl die finanztechnische Anlage wie auch die Abwicklung der laufenden Einnahmen und Ausgaben mit größter Vorsicht erfolgt ist, so daß trotz der allgemein ungünstigen Verhältnisse auf dem Geldmarkte von einer gewissen Stabilität der Finanzkraft des Verbandes gesprochen werden kann. Diese Stabilität ist jedoch neuerdings infolge der stärkeren Inanspruchnahme der Verbandskasse für die statutarischen Unterstützungsleistungen und die durch die Feuerung gestiegenen Verwaltungsausgaben, insbesondere durch die mehrfachen Tarifausschubungen und sonstigen Konferenzen, so zu verschärfen, daß größere Rücklagen für weitere Anforderungen auf rein gewerkschaftlichem Gebiete nicht mehr möglich waren. In Anbetracht der bevorstehenden gewerkschaftlichen neuen Aufgaben des Verbandes konnte sich daher der Verbandsvorstand der Notwendigkeit nicht verschließen, daß die Erhöhung des Verbandsbeitrags gegenüber den fortgesetzten Bemühungen im Prinzipalslager, sich finanziell wie organisatorisch für eine stärkere Abwehr der Arbeiterforderungen zu stärken, der sicherste Ausweg bleibe. Der Verbandsvorstand beantragte daher zur Stärkung des rein gewerkschaftlichen Teiles der Verbandsaufgaben eine Erhöhung des Verbandsbeitrags um wöchentlich 50 Pf., und zwar ab 1. Januar 1920. Nach kurzer Debatte, wobei selbst von Vertretern kleiner Provinzgaue konstatiert wurde, daß deren Mitglieder schon längst eine solche Maßnahme erwartet hätten, wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. Gleichzeitig wurde aber auch die Wiederherstellung der früheren statutarischen Karenzen für die Krankenunterstützung einstimmig zum Beschluß erhoben, und zwar ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 1920. Des weiteren wurde für die bezugsberechtigten Ausgesteuerten die Gewährung der Reiseunterstützung am Ort abermals auf die Dauer von 70 Tagen verlängert. Bezüglich weitergehender Wünsche auf dem Gebiete der Unterstützungsleistungen konnte die Konferenz keine Zugeständnisse machen, weil dies eine Änderung des Verbandsstatus bedeuten würde, wozu nur die Generalversammlung des Verbandes berechtigt ist.

Eine längere Aussprache zeltete die Frage der Beitragsleistung beim Aussehen und jene der Unterstützung bei verkürzter Arbeitszeit. Im ersten Falle konnte die Konferenz keinen Beschluß fassen, da hierbei so unterschiedliche Verhältnisse vorkommen, daß eine generelle Entscheidung nur durch die Generalversammlung möglich sein dürfte. Und in der Frage der Unterstützung bei verkürzter Arbeitszeit stellte sich die Konferenz auf dem Standpunkt, daß die Einführung verkürzter Arbeitszeit nur nach Ablauf der vertragsmäßigen Kündigungsfrist zulässig ist, und dann die entsprechende Unterstützung durch den Staat unter Heranziehung der betroffenen Firmen zu tragen sei. Die Gewerkschaften oder Arbeiterorganisationen können für solche volkswirtschaftliche Störungen nicht ver-

antwortlich oder haftbar gemacht werden. Die nächste Konferenz der Verbandsvorstände des Gewerkschaftsbundes wird sich mit einer generellen Regelung dieser Frage für alle Gewerkschaften zu befassen haben und auch dann noch die Generalversammlung endgültig zu entscheiden haben. Bei dieser Gelegenheit wurde auch darauf hingewiesen, daß alle diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen über unsere tariflichen Bestimmungen stehen, d. 6. die letzteren können die ersten nicht ersetzen.

Zur Regelung der Kriegsbeschädigtenfragen und der Karenzen für die Kriegsteilnehmer konnte die Konferenz sich nicht als zuständig erklären, weil ihre Fälle in Frage kommen, deren Lösung im Verbandsstatut keinen Anhalt findet; auch hier kann nur die oberste Instanz des Verbandes, die Generalversammlung, eine definitive Klärung und Entscheidung treffen.

Eine Aussprache über gewisse Erscheinungen in der neueren Entwicklung der Drucktechnik, soweit es sich um den Tief- und Offsetdruck sowie um das Verhältnis zwischen Maschinenmeistern und dem Stillpersonal handelt, führte zu dem Ergebnisse, daß der Tiefdruck als Arbeitsgebiet des Buchdruckers anerkannt werden muß, und daß bezüglich der übrigen Fragen im Rahmen des Graphischen Bundes in kollektiver Weise unter jeweiliger Hinzuziehung der entsprechenden Spezialvertreter Klarheit geschaffen werden soll. Von den zuständigen Spartenkongressen wird diesbezügliche Vorarbeit erwartet.

Eine lebhafteste Aussprache zollte sodann die Frage der Abfindung jener Kollegen, die in den von Deutschland zur Ausscheidung kommenden Gebieten im Osten und Norden wohnen. Der Verbandsvorstand wird bezüglich der Kollegen, deren Wohn- und Arbeitsgebiet im Norden durch die politischen Veränderungen an Dänemark fallen dürfte, in kollektiver und entgegenkommender Weise mit dem dänischen Verband in Verhandlungen treten und eine schließlich-friedliche Lösung zu erstreben suchen. Dabei fehlte es jedoch auch nicht an Hinweisen, daß die betreffenden Kollegen mit ihrem Ausscheiden aus der deutschen Welt und ihrer wirtschaftlichen Angleichung an Dänemark eine Entlastung einzuhalten werden, die sie in Zukunft wirtschaftlich wesentlich besser stellen wird als die deutschen Kollegen, die unter dem Druck der ungeheuren Kriegslasten noch auf Generalkonten hinaus ungleich schwerer zu kämpfen haben werden. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der dänische Verband in dieser Hinsicht einstimmiger sein wird, als ein Teil der betreffenden deutschen Kollegen selbst, von denen leider teilweise zu sagen ist, daß sie die Lösung von Deutschland gar nicht so ungern kommen sehen, trotzdem aber in ihren Ansprüchen an den deutschen Verband wenig Mäßigung an den Tag legen. Die Generalversammlung des Verbandes wird auch in dieser Frage die letzte Entscheidung zu treffen haben. Wesentlich anders jedoch liegen die Verhältnisse im Osten. Dort wünschen die deutschen Kollegen auch nach der politischen Abtrennung noch in irgendeiner Form ihre Zugehörigkeit zum deutschen Verband aufrechtzuerhalten. Die Organisationsverhältnisse der Buchdrucker im zukünftigen Polen sind selber noch sehr rüchschändig, weshalb der Wunsch auf fernere Zugehörigkeit zu unserm Verbands wohl begründet ist. Leider wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach die Erfüllung dieses Wunsches an dem Widerstande der polnischen Regierung wie auch der „Alliierten“ überhaupt scheitern. Dem Verbandsvorstande wird daher nichts anderes übrig bleiben, als mit der polnischen Buchdruckerorganisation hinsichtlich der von unserm Verbands zur Ausscheidung kommenden Kollegen eine ähnliche Lösung zu finden, wie bei der Lösung Estland-Verbringens. Auf jeden Fall wird unser Verband auch diese Kollegen nicht im Stich lassen.

Die Frage der Sonntagsarbeit führte im weiteren Verlaufe der Verhandlungen unter dem Begriffe „Verschiebenes“, der insgesamt nicht weniger als 18 Punkte aufwies, zu einer längeren Diskussion. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Auswüchse auf diesem Gebiet in Rheinland-Westfalen. Die Maschinenlehrer wehren sich dort dagegen, sich die Sonntagsruhe rauben zu lassen, und zwar trotz der hohen Entschädigung, die dafür zu zahlen ist. Es kann also dieser Bewegung ein idealer Kern nicht abgesprochen werden. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Erkenntnis, daß sich die Sonntagsarbeit nur durch ein spezielles Reichsgesetz beseitigen lassen wird. In diesem Sinne wird sich die Generalversammlung des Verbandes mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Bis dahin muß überall dahin gewirkt werden, daß durch die Sonntagsarbeit die 48-Stundenwoche nicht überschritten wird, was an vielen Orten schon als selbstverständlich gilt. Da jedoch auch in dieser Frage die anderen graphischen Berufsgruppen noch zu berücksichtigen sind, soll auch hier zunächst im Graphischen Bunde Klarheit und Einigkeit geschaffen werden. Bis zur endgültigen Klärung soll überall dahin gewirkt werden, daß durch Mehrinstellung von Arbeitskräften eine Überschreitung der 48-Stundenwoche verhindert wird; wobei die gesetzlichen Bestimmungen auf unserer Seite stehen, die auch in dieser Frage über den tariflichen Bestimmungen stehen.

Kierauf nahm die Konferenz Stellung gegen die in letzter Zeit besonders stark in den Vordergrund getretene Abwehrbewegung der deutschen Zeitungsverleger gegen das Betriebsrätegesetz. Der Verbandsvorstand wurde einstimmig beauftragt, der Deutschen Nationalversammlung folgenden Protest als Eingabe des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zur Kenntnis zu bringen:

Die vom 4. bis 7. Dezember 1919 in Berlin tagende Konferenz sämtlicher Hauptfunktionäre des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Gesellenorganisation) protestiert mit Entschiedenheit gegen die aus Zeitungsverlegervereinbarungen und aus dem „Zeitungsverleger“ (dem offiziellen Organ der Zeitungsverleger) kommenden Bestrebungen und Eingaben, die durch Reichsgesetz einzuführenden Betriebsräte für die Zeitungsbetriebe in ihren wichtigsten Funktionen unwirksam zu machen oder überhaupt auszuschalten.

Die Konferenz ist im Gegensatz zu diesen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Betriebsräte auch für die Zeitungsbetriebe in dem gesetzlichen Umfang ihre Tätigkeit ausüben können und im Interesse der Betriebsarbeitskraft auch ausüben müssen.

Die Konferenz erklärt es aber als selbstverständlich, daß die Betriebsräte keine Handlungen unternehmen dürfen, die mit der Pressefreiheit unvereinbar sind oder geeignet sein können, das Redaktionsgeheimnis zu gefährden.

Im Zusammenhange mit der Erörterung dieser arbeiterfeindlichen Haltung der deutschen Zeitungsverleger bedauerlich die Gewerkschaftskonferenz ausserdem, daß das Organ der Zeitungsverleger und diese selbst in ihren Blättern für die Bekämpfung der Auswucherung des Volkes in all ihren Erscheinungen bei weitem nicht die Energie aufgebracht haben, die man gegen eine Erweiterung der Arbeiterrechte in den eigenen Betrieben ohne Schwierigkeiten der Parteilichkeit zu finden weiß.

Eine kurze Aussprache führte sodann noch zur Annahme eines Antrags, der die Erhöhung des für die Krankenkassenleistungen maßgebenden Höchstlohnes von 10 auf 16 Mh. und eines solchen, der bei der Veranlagung zur Einkommensteuer die Abzugsberechtigung der Verbandsbeiträge fordert. Beide Anträge werden durch den Verbandsvorstandenden in der Generalkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertreten werden.

Hierauf wurde bezüglich der Verteilung der schon eingangs erwähnten amerikanischen Spende beschlossen, die Summe von 10000 Mh. auf die einzelnen Gauen nach deren Mitgliederzahl zu verteilen und den einzelnen Gausvorständen die Art der Verwendung im Sinne der Spender zu überlassen. Die Befolgung einer Anregung auf besondere Unterstützung der österreichischen Kollegen und besonders jener in Wien wurde vorläufig zurückgestellt, da eine solche durch den Gewerkschaftsbund auf allgemeiner Grundlage bevorsteht, woran sich die deutschen Buchdrucker auf jeden Fall wie immer so auch diesmal in vorbildlicher Weise betätigen werden. Sollte später doch noch eine besondere Hilfe für unsere engeren Berufskollegen in Österreich oder Wien nötig sein, so werden sich dafür sicherlich noch geeignete Wege finden.

Damit war die reichhaltige Tagesordnung der diesmaligen Gausvorstandskonferenz erschöpft. Der hier gegebene umfangreiche Bericht enthält über die wichtigsten Punkte zum größten Teil nur Andeutungen, die durch die mündlichen Berichte der einzelnen Gausvorstände sicherlich noch reichliche Ergänzung finden werden. Aber selbst dann wird noch viel übrig bleiben, was zur Zeit öffentlich nicht geschrieben oder gesagt werden kann, aber dennoch auf der Gausvorstandskonferenz eine große Bedeutung hatte und das Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen Teilnehmers sozulagen auf Herz und Nieren prüfte. Eine schwere Last liegt auf den Schultern des Verbandsvorstandes, vor allen Dingen auf jenen des Kollegen Seitz; schwer ist aber auch die Verantwortung, die jeder Gesellenvertreter in diesen und den kommenden Tagen auf sich lassen muß. Fast unerschöpflich war das Material, waren die Zeit- und Streitfragen, die in diesen vier Verhandlungstagen den erweiterten Verbandsrat der großen Buchdruckerfamilie im Berliner „Gewerkschaftshaus“ beschäftigten. Nicht für alle Fragen konnte eine befriedigende Lösung gefunden werden, trotz reiblichen Bemühens aller Kräfte. Es waren zu viel der Probleme, die der Lösung harren und doch nur auf dem schwankenden Grunde der verworrenen Verhältnisse in Politik und Wirtschaft der Gegenwart stehen. Wenn aber trotzdem in den wichtigsten Punkten die Verhandlungen sich zu gewissen Resultaten verdichten konnten, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß ein reiches Maß gegenseitiges Vertrauen der von der Kollegenchaft auf demokratischer Grundlage berufenen Organisations- und Gesellenvertreter zu ihren Mandatgebern und umgekehrt besteht. Streng hat sich die Gausvorstandskonferenz gebüht, Beschlüsse zu fassen, von denen gesagt werden könnte, die Mitglieder seien dadurch bevormundet. Nur was im Rahmen des Verbandsstatuts möglich und zulässig war, wurde verhandelt, geformt und beschlossen. Denn von der ersten bis zur letzten Stunde der Verhandlungen standen die Teilnehmer unter dem Ernste der kommenden Tage, in denen im „Künstlerhaus“ in der

Bellevuestraße in Berlin um die Entscheidung über Krieg oder Frieden im deutschen Buchdruckgewerbe gerungen wird. Nur wer selbst lechsiglich mit seinem Schicksal spielt, könnte annehmen, daß die Organisations- und Gesellenvertreter mit dem Vertrauen der Kollegenchaft leichtfertig spielen würden. Die Gausvorstandskonferenz hat in festem Vertrauen auf den gewerkschaftlichen Geist aller Verbandsmitglieder ihre Beschlüsse gefaßt, soweit sie durch die Verhältnisse gezwungen und verpflichtet war. Was über ihre Macht hinausging, hat die nächste Generalversammlung des Verbandes zu entscheiden.

Noch liegt der Ausgang der diesmaligen Tarifausübung im Dunkeln. Erhell wird aber dieses Dunkel durch die auf der Gausvorstandskonferenz vom ersten bis zum letzten Augenblick unerschütterlich gebliebene Hoffnung, daß das gewerkschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Buchdrucker weder im Frieden noch im Kriege nur eine Phrase darstellt, sondern eine reale Tatsache, auf die nicht nur die Führer der Kollegenchaft bauen können, sondern mit der auch die Gegner der Gesellenchaft ernstlich rechnen müssen!

Unsre Lehrlinge

Vor einiger Zeit kam mir das Schema in die Hände, das ausgearbeitet ist, um die Richtlinien für die Lehrlingsausbildung festzulegen. Ich habe mich — amüsiert darüber. Ich kann es ausdrücklicherweise nicht anders nennen. Das ist doch kein Lehrplan mehr! Jener schloß es, als ob es derjenige eines Technikers wäre oder die Themen für Hörer an einer Universität. Wo ist denn die ideale Druckerlei, die so eingerichtet ist, daß sie alles beibringen kann? Ich bin persönlich mit dem Lehrplan einverstanden, aber dann bitte ich doch, handeln Sie danach, und die Kasse all der Druckerleien, die im Auslande berühmt sind, müssen für Lehrlinge geschlossen werden.

Wie ein großer Teil der Kollegen bin ich auch sehr gewandert und wie viel Bude ich da, wo der erste Eindruck der war: Hier kann unmöglich der Lehrling das lernen, was er unbedingt braucht. Wollen Sie Einzelheiten? Sie sollen sie haben, so schnell dies in Schritten möglich ist. Zuerst die Spezialdruckerleien. Eine Fahrplan- und Billfahrdruckerlei: wo lernt da der Junge Werksatz, Malakal, bessere Abzügen, kann Zeitschriften umbrechen, Schmalzmaschinen lernen? Oder er ist in einer Werkdruckerlei, die Zeitungs-Korrespondenzen anfertigt. Dort steht wieder die andre Art der Billfahrdruckerlei, oder gar eine ganz kleine Bude, wo bald die Lettern zu zählen sind. Ist doch auch eine Druckerlei. Wo er hört bei Jhnen die Druckerlei auf, wo hängt sie an? Sollten wir nicht ganz radikale Wege vorschlagen und (auf Gegenseitigkeit) bestimmen: Diese oder jene Druckerlei ist zu sehr eine Spezialoffizin, zu einseitig festgelegt, sagen wir einmal, sie hat nur eine oder zwei Arbeitsmethoden. Also diese Druckerlei soll keine Lehrlinge ausbilden. Oder aber man sagt im Einverständnis mit den Prinzipalen: Diese Druckerlei ist so mangelhaft eingerichtet, daß vielleicht ein altes System, gibt so schlechte Druckfaden auf den Markt; sie ist daher gar nicht in der Lage, nach dem eingangs erwähnten Schema Lehrlinge auszubilden.

Kollegen, denkt selbst an eure eigene Jugendzeit, wie ihr da und dort in Kunst gestanden seid. Hat da nicht mancher eine Stellung gehabt, wo er sich sagen mußte, was da ein Lehrling zu suchen hat, ist ihm ein Rätsel. Es waren (nur um ein Beispiel anzuführen) drei Monotypsetzmaschinen da, mehrere Zeitschriften und Werke wurden jahraus jahrein hergestellt, und der Gelehrte lehrling korrigierte schon drei Jahre Monotypsetz! Solche Druckerleien gibt es etwa nicht? Oder, wie auch angeführt, in der Provinz eine Druckerlei, wo nebenher ein Greulwaden, ein Kartoffelhandel betrieben wird. Sie sagen, Kollege, das ist doch keine Druckerlei? Wieso denn nicht? Der Mann läßt den oder die beiden Lehrlinge in der Bude wursteln, es kommt eine erkleckliche Anzahl Arbeiter, und wenn es sehr prästant hat, wird Arbeitsleistung vorgenommen.

Der Sinn meines Artikels ist: in Gemeinschaft mit den Prinzipalen diejenigen Druckerleien namhaft machen, die sich nicht zur Ausbildung von Lehrlingen eignen. Dann ist schon vieles gewonnen, hat auch das schon erwähnte Schema einen Sinn und können die Gesellen hierzu Stellung nehmen. Aufrichtigkeit ist erstes Erfordernis. Hinaus mit den Jungen aus den Buchbuden! Was nützt das schönste Ausbildungsprogramm, wenn der Geheile selbst zugibt, daß bei der Art des Betriebes der Irrtum bald gelernt ist, weil eben nichts anderes zu erlernen ist. Erst wenn hierin Wandel geschaffen ist, kann man daran gehen, den Lehrling auszubilden in den Fächern, die das Normalschema für Gehe- und Druckerlehrlinge vorgelesen hat.

Soviel zu diesem Thema, das auch besprochen werden muß, weil es einmal unsre künftigen Kollegen werden sollen.

Akerfen bei Hamburg. Rudolf Schumacher.

Lehrlingsopfer aus der Kriegszeit

Nachwehen des Geldzugs und alles Berufsleiden zwangen mich, das Krankenhaus aufzusuchen. Da stieg es der Zufall, daß ich Bekanntheit eines jungen Schriftsetzlehrlings wurde. Unsre Berufsverantwortung und mein Mitgefühl mit dem armen Jungen, der schon einhalb Jahr beitr

lägerig war, Neben uns bad innige Freundschaft schließen. So erinere ich denn seine Leidensgeschichte, die eine furchtbare Aufgabe gegen uns're vorvollständigen Zustände ist. Der junge Mann kam bald nach Kriegsausbruch in O. a. d. E. (einem kleinen Sturor) bei der dortigen Buch- und Zeitungsdruckerei in die Lehre. Die Gesellen wurden einer nach dem andern zum Hereszenienten eingeschoben, bald waren die Beibringer sich allein überlassen. Da aber die Zeitung fertig gestellt, gedruckt, gefaltet und auch expediert werden mußte, so war eine tägliche Arbeitszeit bis abends 8 Uhr, selbst auch bis 9 Uhr feststehende Regel. Zu einer andern Reinigung des Geschäftslokals als dem täglchen Auskehren in den Gassen und um die Maschinen herum war natürlich keine Zeit übrig. Ganz neu war es meinem jungen Freunde, daß die Kisten vermittelst eines Blasebalges auch einstaubt werden könnten und mühten. Gewerbeinspektion während der Kriegszeit erstirte nicht.

Nach zwei Jahren war der Lehrling gesundheitlich unter dem Schillen. Der Massenarzt aber dachte gar nicht daran, ihn aus dieser Umgebung herauszunehmen und arbeitsunfähig zu schreiben, denn „er würde im Geschäft zu nötig gebraucht“. Auf weiteres Klagen und mehrfache Hinweise auf die lange Arbeitszeit scheint der Arzt dann mit dem Chef doch einmal geredet zu haben. Das half den Erfolg. Da der arme Junge im Privatkonfort erst einmal gehörig heruntergeputzt wurde und ihn mit Anzeigen wegen Kontraktbruchs (Verrat von Geschäftsgeheimnissen) gedroht wurde!

Inzwischen wurde der Armitz bestkürzer krank. Sollte nun Krankenhaus? mit nachfolgender Heilanstaltenbehandlung eingeleitet, so könnten nach Feststellung der richtigen Diagnose tüchtige Ärzte ihn voraussichtlich wieder hergestellt haben. Leider aber wurde ihm dies nicht geboten, und nach Ablauf der Zahlungspflicht der Krankenkasse stand die Mutter vor dem Nichts. Die Landeserschwerung lehnte die weitere Behandlung ab, weil die vorgeschriebenen 200 Markten noch nicht gefehlt waren. Nun mußte die Armenbehörde eingreifen. Man muß es derselben hoch anrechnen, daß sie die erheblichen Mehrkosten nicht gedeckt hat, um den Patienten in einem mit allen modernen Heilmitteln ausgestatteten Krankenhaus in S. unterbringen zu lassen. Leider vergeblich. Er litt an fortgeschrittener Bauchspeicheldrüsenfunktionslohe. Als ich ihn kennen lernte, lag er schon fast ein Jahr im Krankenhaus, zu schwach, um eine wirkliche Behandlung mit künstlicher Höhenstrahlung zu können.

Als ich meinen jungen Freund nach meiner Entlassung einmal besuchen wollte, hatte ihn der Tod von seinen Lebden erlöset. Einer armen Witwe war der letzte Sohn, die Hoffnung ihrer alten Tage, auf solche Weise gekommen! Es hat mir diese Leidensgeschichte sehr weh getan, und ich habe mir gelobt, auch weiterhin rücksichtslos zu kämpfen gegen unhygienische Zustände und schamlose Bezahlungsablenkung.

Samburg.

H. B.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Borna. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung hatte die Versammlung am 1. November einen guten Besuch aufzuweisen. Ein Antrag auf Erhöhung des Lokalaufschlags auf 20 Proz. fand einstimmige Annahme. Dieser Antrag wurde dem Tarifamt unterbreitet, das eine schlagende begründende Material dazu dagegen dem Gehilfenvertreter zur Verfügung gestellt. Nach verschiedenen internen Vereinsangelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Darmstadt. Am 1. November fand im „Gewerkschaftshaus“ eine Bezirksversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben eines Kollegen geehrt. Dann wurden zwei Aufnahmen vollzogen. Bei Punkt „Tarifliches“ wurde scharf von der Versammlung verurteilt, daß sich die Prinzipale nicht des Arbeitsnachweises bedienen und Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, wo im Bezirke noch eine Reihe von Kollegen konditionslos liegen. Den Kartellbericht brachten die Kollegen Hebe und Bahler in sachlicher Weise zum Vortrage. Der Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs wurde von der Versammlung im Prinzip zugestimmt. Die Anträge zum Gantage wurden vom Vorsitzenden zur Verlesung gebracht. Unter „Verschiedenem“ fanden einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung.

mz. Bezirk Koblenz. Der Feier des 25jährigen Jubiläums des Gesangsvereins „Gutenberg“ Koblenz und des Verbandsjubiläums des Kollegen Strahfeld (Koblenz) am 28. Oktober ging eine Bezirksversammlung voraus, die eine stattliche Besucherzahl aufwies. Die Verhandlungsgegenstände betrafen besonders die Neueinteilung der Gaue, die Einführung der letzten Steuerungsulage und die am 1. Januar zur Einführung kommenden neuen Lokalaufschläge. Besonders der Ortsverein Andernach, wo das Verbandsleben wieder rege pulsiert, erstrebt einen Lokalaufschlag, der der tatsächlich dort herrschenden Steuerungsulage entspricht. Ruhig und sachlich verließ die Versammlung. — Im Anschluß daran wurde das Doppeljubiläum begangen, wozu sich die Damen einstellten, die Räume sich jedoch als zu klein erwiesen. Als Vorsitzender des Gesangsvereins begrüßte Kollege Wagner in launiger Weise die Festversammlung, besonders die fünf Sängerbildare und den Verbandsjubilair Johannes Strahfeld. Es zeigte hierauf der Gesangsverein sein Können, das ihm und seinem Dirigenten Flügelreider reichen Beifall eintrug. Ein kleines Mädchen spielte die Subillare in dem Vortrag zweier Gedichte. Unter Orts- und Bezirksvorsitzender Neu spielte den Gesangsverein und die Subillare

in formvollendeter, woblurchdachter Rede. Er stellte die Subillare als leuchtendes Beispiel kollektiven Zusammenlebens hin, besonders unsern Verbandsjubilar Strahfeld den jüngeren Kollegen. Reicher Beifall folgte der Festrede. Im weiteren Verlaufe des Programms wechselten Gesangsvorträge, humoristische Vorträge, gemeinschaftliche Lieder. Für jeden wurde etwas geboten. Den Schluß bildete ein Tanzkränzchen, das alt und jung noch einige gemüthliche Stunden beisammenhielt. So endete die Jubiläumstour zu aller Zufriedenheit. Dem kollektiven Zusammengehörigkeitsgefühl und der Verbandsfrage wird sie sicher von großem Nutzen sein.

Miesbach. Am 12. Oktober fand in Miesbach Bezirksversammlung statt. Besuch war dieselbe von Kollegen der Druckorte Mibling, Holzkirchen, Miesbach, Rosenheim, Segenlee, Söls, Wolfrashaufen. Außerdem waren etwa 40 Kollegen des Münchner Buchdruckerangereins mit ihrem Chormeister zu Gaste. Eindrucksvoll wurde die Versammlung eingeleitet durch Vortrag des Chores „Seil Outenberg“. Hierauf referierte unser Gauvorsitzer Hemmerich über „Die gegenwärtige Lage und die Beschaffenheit der letzten Tarifauschüßlung“. In seinem Vortrage gab er in klarer Form ein getreues Spiegelbild über die derzeitige Situation im Gewerbe und die Schwierigkeiten bei den diesmaligen Tarifverhandlungen. Die Kollegen nahmen den Vortrag mit großem Interesse entgegen. Die Versammlung dankte den Gehilfenvertretern für ihr eifriges Vollen und Mühen in der Erreichung besserer Existenzbedingungen für die Gehilfenchaft. Sprach aber den Prinzipalpaar jedesdes Verständnis und die Einsicht, besser gelang den Willen hierzu, für die Mollage ihrer Gehilfen ab. Der Gehilfenchaft, nicht zuletzt jener der Provinz, die jederzeit auf Hebung und Förderung des Gewerbes bedacht sei, werde somit ersprießliche Arbeit erschwerlich, ja verleidet. Die Provinzkollegen speziell würden durch das Ergebnis der Tarifauschüßlung, die gefahrene neue Schutzabteilung mit ihren scharfmacherischen Tendenzen und die Propaganda, die ein Herr Leopoldseber (Kraunstein) und ein Herr Süber (Kempfen) betreiben, gezwungen, sich strenger in der Einigkeit und Geschlossenheit zu schulen. Verlang wurde unbedingt im kommenden Jahre eine Tarifrevision, bei der auch die Schaefferischen Vorschläge als Grundlage einer neuen Berufsverfassung einer Würdigung unterzogen und die Provinz höher bemerkt werden. Insbesondere wurde der Gehilfenvertreter beauftragt, bei Festsetzung der Lokalaufschläge die gestellten Forderungen nachdrücklich zu vertreten. — Die Sangeskollegen von München stellten sich nachmittags noch eifrig in den Dienst der Kollegialitätspflege und die verammelten Provinzkollegen wiesen ihnen hierfür besten Dank, ebenso Kollegen Hemmerich.

Mühlhof. (Ortsverein.) Am 15. November fand eine unbesuchte Versammlung statt, um Stellung zu nehmen zur kommenden Tarifauschüßlung. Die aufgestellten Forderungen wurden anderweitig bereits erwähnt. Zur angestrebten Trennung unfres Gaus in zwei Gaue nimmt der Ortsverein Mühlhof eine ablehnende Stellung ein.

Münster i. Westf. Durch den Zusammenschluß von 16 Gehilfen wurde im Juni des Jahres 1865 der Grundstein für den Ortsverein Münster gelegt. Nur wenige Orte haben bei der Geltendmachung freigewerkschaftlicher Grundzüge im allgemeinen und derjenigen für unsern Verband im besonderen mit einer solchen Fülle von Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen gehabt wie Münster. Ein sorgfältiges Ringen und Kämpfen für die Verbandsprinzipien erfüllten die verflohenen 50 Jahre des Ortsvereins, wobei die sich der Entwicklung entgegenstellenden Hindernisse manchmal derart waren, daß sie die Existenz des Ortsvereins in Frage stellten. Die zur fünfzigjährigen Jubiläumstour von unserm Vorsitzenden B. Meißter verfaßte „Geschichte des Ortsvereins Münster“ schloß in freiflicher Weise die verschiedenen auf den Werdegang des Ortsvereins Einfluß ausübenden Vorkommnisse. Wenn doch nach 50 wechselvollen Jahren unser Ortsverein fast die gesamte münsterische Gehilfenchaft in sich vereinigt, danken wir dieses der ausdauernden und eifrigen Arbeit unser „Alten“, und wir stimmen dem Verfasser der Geschicht bei, wenn er die Stärke der Organisation als das Produkt rastloser Arbeit untrer Vorkämpfer bezeichnet. Die Feier des fünfzigjährigen Jubiläumstreffes beging der Ortsverein am 25. und 26. Oktober. Der Jahresfest der Gründung fiel schon in das Jahr 1915, wurde aber während der Kriegszeit nicht gefeiert, sondern bis jetzt hinausgeschoben. Den Glangpunkt der Veranstaltungen bildete der Festkommers am 25. Oktober im Saale des „Zoologischen Gartens“, zu der auch die Prinzipalität und die Vertreter der Presse der erangegangenen Einladung gelogt waren. Auch seitens der städtischen Behörden, der Westfälischen Wilhelms-Universität, der Fortbildungsschule usw. wurde der Feier das Interesse entgegengebracht, was durch die entfalteten Vertreter in den verschiedensten Ansprachen zum Ausdruck gebracht wurde. Ein reichhaltig zusammengestelltes Programm war vorgelesen. (Vorträge des Gesangsvereins „Typographia“, u. a. die Festhymne von Schweichert-Krahl; Festprolog vom Kollegen P. Wild; Begrüßung durch den Ortsvereinsvorsitzenden.) Die Festrede hatte unser Gauvorsitzer Emil Albrecht (Köln) übernommen, der die Geschichte der Organisation und speziell die Vorgänge in Münster in den lebhaftesten Farben wiederzugeben verstand. Am 26. Oktober vormittags fand im Vereinslokal ein Frühstücken statt, zu welchem sich eine sehr große Anzahl Kollegen mit ihren Damen eingeladen hatten. Bei Konzert, gelanglichen Vorträgen und humoristischen Vorbildungen verließ die Zeit nur zu schnell. Nachmittags 4 Uhr fand im „Gerritshof“ ein großer Festball statt, zu dem der Besuch so stark war, daß sich die Räume als zu klein erwiesen. Die Veranstaltungen verliefen in der besten Weise, so daß man wohl sagen

darf, alles in allem ein echtes Buchdruckerfest. Für die vielen aus den verschiedensten Orten von nah und fern eingelauteten Gästewünsche sei den Abfindern herzlich gedankt. Auch möchten wir nicht vergessen, unsern Herren Prinzipale für die kostenlose Herstellung der Druckfachen auch an dieser Stelle unsern aufrichtigen Dank abzusprechen.

Bezirk Offenbach a. M. Am 3. November lagte die äußert auf beachte Quarksverammlung, die zunächst zehn Vignamengenehen stattfand. Dem gedruckt vorliegenden Rechenschaftsberichte vom dritten Quartal wurden seitens des Kassierers einige Erläuterungen angefügt, worauf die beantragte Entlastung einstimmig erfolgte. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zur Tarifauschüßlung. Der Ertrakt wurde an anderer Stelle bereits erwähnt.

Pöbnecht (Zür.) Die am 24. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung der Freien Faktorenvereinsvereins Pöbnecht hatte eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen. Neben „Vorstandswahl“ und „Statuberatung“ beschäftigte sich die Versammlung in der Hauptsache mit dem Faktorenbund und der Vertragsgemeinschaft. Nach kurzen Referaten der Kollegen Strahl und Lange waren alle Anwesenden sich darin einig, daß die Mitglieder des Faktorenbundes wohl wünschen, aber keine Rechte durch die Vertragsgemeinschaft hätten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 24. Oktober d. J. in Pöbnecht tagende Mitgliederversammlung der Freien Faktorenvereinsvereins Pöbnecht erblickt in der einseitig zwischen dem Deutschen Faktorenbund und dem Deutschen Buchdruckerverein abgeschlossenen Vertragsgemeinschaft keine Institution, in welcher auch die berechtigten Forderungen und Interessen der Faktoren eine Berücksichtigung finden. Darum fordern wir eine Revision des bis 1923 laufenden Vertrags und baldmöglichste Aufnahme von Sonderbestimmungen für Faktoren in den Tarif der Deutschen Buchdrucker.“ Wir hoffen, daß nun endlich auch an andern Orten im Gau Niederland-Thüringen die Kollegen sich der Freien Faktorenvereinsvereins anschließen. Zukriften sind zu richten an Ernst Strahl, Pöbnecht, Wohlfahrtsstraße 10.

Sonneberg. (Vierteljahrsbericht.) Unre Versammlungen waren fast durchweg auf besch. Der Ortsverein zählt zur Zeit 40 Mitglieder in drei angrenzenden Druckorten. In der letzten Versammlung wurde über die gegenwärtige tarifliche Lage, im besonderen über die letzte Tarifauschüßlung, gesprochen. Sämtliche Mitglieder erklärten sich mit den gefassten Beschlüssen einverstanden, betonten jedoch, daß das finanzielle Ergebnis nicht mit den jetzigen feuren Lebensbedingungen in Einklang zu bringen sei. Welter wurde in einem Antrag an das Kreisamt die Erhöhung des Lokalaufschlags von 5 auf 7 1/2 Proz. als eine dringende Notwendigkeit bezeichnet. Die Ferien gelangten überall zur Durchführung. Beheimender denn je lastet die ungeheure Steuerungsulage auf der Kollegenschaft in unserm Spielwarengelände, und trotzdem kann sich eine Firma noch nicht an die tariflichen Verhältnisse gewöhnen. Zu bedauern ist auch, daß es immer noch Mitglieder gibt, die in Tariffragen nicht den Ernst der Zeit erfassen.

Stolz. Unre Oktoberversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Resultat der letzten Tarifauschüßlung. Kollege Haritz machte die vollaufgelassenen Kollegen mit den neuen Tarifänderungen bekannt. Die neuen Steuerungsulagen wurden von sämtlichen tarifreifen Firmen restlos bezahlt. In einer örtlichen Druckerei müssen sich die Kollegen mit dem nackten Minimum behelfen, weil angeblich das Geschäft nicht mehr einbringt! Das finanzielle Ergebnis der Tarifauschüßlung konnte bei den Versammlungsteilnehmern keine Befriedigung auslösen, zumal Stolz als der weitgrößte Ort der Provinz mit der niedrigsten Zulage abzeichnet. Es wurde die Einreichung in eine bedeutend höhere Lokalaufschlaggruppe gefordert. Ganz energisch protestiert wurde gegen einen Abbau der Löhne. Das Stillschließen soll im Kollegenkreise gefordert werden. Unter „Verschiedenem“ kamen einige örtliche Sachen zur Erledigung.

Lt. Elm-Neumün. In unrer Versammlung am 1. November begrüßte der Vorsitzende insbesondere zwei aus der Kriegselangenschaft zurückgekehrte Kollegen. Im gefälligen Zeile wurde die Aufnahme von zwei jungen Kollegen bekanntgegeben. Aus dem Monatsbericht des Kassierers war zu ersehen, daß die hiesige Mitgliedschaft nunmehr 116 Mitglieder zählt. Kollege Glasbrenner erlaskete darauf Bericht über den Gantage sowie über die Generalfestversammlung der württembergischen Unterfüßungskasse. Die Versammlung war von dem Gehörten begeistert und dankte dem Referenten besonders. Unter „Verschiedenem“ wurde der letzte Versammlungsbericht vom 6. September kritisiert, der den Anlehen erweichte, als ob die Kollegen von der am 1. Oktober eingetretenen Erhöhung der Steuerungsulage selbst nicht zurüben, weil diese nicht im Einklange steht mit den jetzigen hohen Preisen der Lebensmittel und Verbrauchsmittel, Mietpreisen und Steuern. Von einer Weihnachtsunterhaltung soll der schwierigen Verhältnisse halber in diesem Jahr abgesehen werden.

Verschiedene Eingänge

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 22. 30. Jahrgang. 1919. Jahresbezug 6 Mk., Einzelheft 20 Pf. Verlag J. Barmwalld Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16. (Hierzu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingetragener 5 Pfennig des Reichs, jedoch mit älterem Erscheinungsbild bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 145 — Leipzig, den 13. Dezember 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bilanz am 30. September 1919

Einnahmen		Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate April, Mai, Juni 1919		Ausgaben	
	„	„	„	„	„
An Saldovortrag vom 30. Juni 1919	11981900	37	Der Unterfütungen in den Gauen im 2. Quartal 1919, Verwaltung usw.	1059786	51
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 2. Quartal 1919, Sinesen usw.	1903316	51	„ Saldovortrag für 1. Oktober 1919	12225430	37
	Summa	13285216	88	Summa	13285216

Der Saldo von 12225430,37 Mk. setzt sich zusammen aus 11536305,09 Mk. in Wertpapieren, deren Einkaufswert 11455125,34 Mk. beträgt, 540560,41 Mk. in bar, 88564,87 Mk. Vorkauf in den Gauen und 60000 Mk. Vorkauf des „Korrespondent“.

Berlin, den 10. November 1919.

Vorstandender Abschluss wurde von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.

Berlin, den 22. November 1919.

Vorstandender Kassenabschluss ist revidiert, in gebrüger Ordnung befindlich und der buchmäßige Kassenbestand von 524494,33 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 16. November 1919.

Erich Henninger, Buchverrechner.

H. Schmeißel, Kell. Kassierer.

Die Revisionskommission:
Eugen Segus, Ernst Gerlach, Paul Grumbach.

Ausgang aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im zweiten Quartal 1919

1. Die Unterfütung laut § 25 der Beschlüsse erließen: im Gau Berlin 3, Erzgebirge-Vogtland 1, Leipzig 2, Mittelrhein 20, Osterrhein-Thüringen 2, Rheinland-Westfalen 54, An der Saale 12, Schlesien 1 und Württemberg 1 Mitglied; zusammen 96 Mitglieder.

2. Umsatzkosten. Einen Beitrag zu den Kosten ihres Umsatzes erließen im Gau Bayern 11, Berlin 11, Dresden 16, Elb-Lothringen 2, Erzgebirge-Vogtland 7, Frankfurt-Rhein 5, Hamburg-Allona 3, Hannover 11, Leipzig 4, Mecklenburg-Vorpommern 4, Mittelrhein 5, Nordwest 8, Oberrhein 8, Ober 12, Osterrhein-Thüringen 11, Ostpreußen 2, Polen 2, Rheinland-Westfalen 26, An der Saale 18, Schlesien 11, Schleswig-Holstein 5, Westpreußen 2, Württemberg 9; zusammen 193 Mitglieder.

3. Krankenkassenunterfütung. Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Kranke) wurden im Gau Berlin 23, Elb-Lothringen 2, Leipzig 1, Oberrhein 1, Rheinland-Westfalen 1, Württemberg 1, insgesamt 29 Mitglieder, mit Ordnungsstrafen belegt.

4. Rechtschutz erhielt je ein Mitglied im Gau Erzgebirge-Vogtland und im Gau Mittelrhein bewilligt.

5. Invalidenunterfütung. Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 6. Oktober 1913 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die Unterfütung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 40jährige Seher Janos Wis aus München (Paralyse), 2. der 66jährige Seher Georg Durmal aus Kollhofmünster (Mittelschwäche); im Gau Berlin: 3. der 52jährige Seher Hans Kobedan aus Berlin (Gehirnerkrankung und Selbstschwäche), 4. der 68jährige Seher Wilhelm

Schreiber aus Illersdorf (Augenleiden), 5. der 50jährige Drucker Max Jüchel aus Berlin (Arterienverhärtung), 6. der 44jährige Drucker Georg Marlin aus Berlin (Bruch des linken Armes), 7. der 65jährige Seher Rudolf Schimmelpenant aus Berlin (Leberverhärtung und Gefäßverhärtung), 8. der 67jährige Seher Albert Steinhopf aus Berlin (Lungenentzündung), 9. der 72jährige Seher Wilhelm Noack aus Wittlich (Mittelschwäche), 10. der 69jährige Seher Julius Schöning aus Fürstentum (Arterienverhärtung), 11. der 69jährige Seher Gustav Richter aus Berlin (Arterienverhärtung), 12. der 51jährige Seher Emil Krause aus Berlin (eitrige Rippenfellentzündung), 13. der 62jährige Seher Otto Freund aus Schöneberg (Gefäßverhärtung und Herzschwäche); im Gau Dresden: 14. der 50jährige Stereotypen Mar Funke aus Dresden (Lungenkatarrh), 15. der 43jährige Seher Paul Zimmer aus Dresden (Lungenleiden); im Gau Elb-Lothringen: 16. der 66jährige Seher Emil Scheibel aus Kappelrodeck im Baden (Herzschwäche und nervöse Erschöpfung), 17. der 72jährige Korrektor Friedrich Angler aus Ennsheim im Oberrhein (Herzleiden), 18. der 62jährige Seher Franz Rüb aus Kappelrodeck (chronisches Lungenleiden); im Gau Frankfurt-Rhein: 19. der 63jährige Seher Karl Sommerfeld aus Herborn (Aberverhärtung, schwerer Rheumatismus und chronischer Lungenkatarrh); im Gau Hamburg-Allona: 20. der 56jährige Vieher Ferdinand Schmid aus Wien (Alzheimer und Herzleiden), 21. der 57jährige Seher Al. Wolfried aus Hamburg (Verlust des Gehörorgans in beiden Händen); im Gau Hannover: 22. der 62jährige Seher Gustav Wolff aus Elbing (chronischer Rheumatismus und Krampfadern am linken Bein); 23. der 67jährige Seher Gustav Bornträger aus Krefeld (chronisches Unterleibschmerzleiden); im Gau Leipzig: 24. der 69jäh-

rige Seher Ludwig Schumann aus Birkich (Aberverhärtung, chronische Genußmittelentzündung, chronische Bronchitis, chronische Blindheit), 25. der 52jährige Seher Paul Diersch aus Leipzig (Herabsetzung des Sehvermögens und Sehnerveentzündung), 26. der 40jährige Seher Max Galle aus Stauchitz (Lungenleiden); im Gau Mittelrhein: 27. der 40jährige Seher Max Luter aus Straubing (Nervenleiden); im Gau Oberrhein: 28. der 48jährige Drucker Vincenz Siebold aus Biengen (Nervenleiden); im Gau Osterrhein-Thüringen: 29. der 68jährige Seher H. Semme aus Müden (starke Herabsetzung der Sehkraft infolge Arterienverhärtung), 30. der 65jährige Faktor Richard Griel aus Chemnitz (chronisches Nervenleiden und vorgeschrittene Aberverhärtung); im Gau Rheinland-Westfalen: 31. der 56jährige Seher Heinrich Kemmann aus Roermond in Holland (Hüftverrenkung); im Gau An der Saale: 32. der 40jährige Drucker Wolf Hauptmann aus Magdeburg (Schwermetalleentzündung), 33. der 48jährige Seher Wilhelm Brönke aus Burg b. M. (Lungenarterienkatarrh); im Gau Schlesien: 34. der 56jährige Seher Georg Lindner aus Breslau (Herzleiden und Blutzucker-Verstopfung).

Invalidenstand: Abernommen vom 1. Quartal 1919: 1082, neu hinzugekommen 34, wieder in Bezug getreten 7, zusammen 1123; hiervon Abgang 40 gestorben 33, außer Bezug getreten 7; bleibt Invalidenstand 1083.

6. Verwaltung. Verandt wurden drei Rundschreiben, davon eins informativ für die Gauverwaltungen.

7. Geschäftsverkehr in den Monaten April bis Juni 1919: 1793 eingegangene und 1134 abgegangene Postsendungen.

Rundschau

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Pilsen wurde Kollege Friedrich Kortum zum stellvertretenden Stadtvorstandsvorsteher gewählt. — In Lüdinghausen (Westfalen) wurde Kollege Max Schreier als Schöffe ausgestellt.

Ein trauriges Beispiel! Zu der Notiz in Nr. 142 unter vorstehender Signatur kann noch mitgeteilt werden, daß auch in der Druckerei Voigt & Geibel in Frankfurt a. M. die Kollegen, die auf eine 25-jährige Betriebszugehörigkeit zurückblicken können, keines Wortes gewürdigt werden. Aber hier liegt der Fall noch etwas krasser. Ein Kollege, welcher 27 Jahre keine Kraft dem Geschäft geopfert hatte, wurde am 22. November zur letzten Ruhe gebettet. Er war ein pflanzlicher Angestellter und tat jederzeit seine volle Pflicht und Schußigkeit. Aber trotzdem land der Vertreter der Firma an dessen Grabe kein Wort dankbarer Anerkennung. Der eine Mitinhaber land es sogar für richtig, den Verstorbenen in den Augen eines feiner Mitarbeiter herabzusetzen zu wollen, was ihm natürlich nicht gelang. Auch hier ist jeder Kommentar überflüssig. Selbstverständlich geht auch bei dem Personal dieser Firma (insgesamt etwa 60 Personen) die Luft zur Arbeit mehr und mehr verloren.

Vorfall bei Stellenangeboten aus Holland. Der Niederländische Litho-, Photo- und Chemigraphenbund ersucht die deutschen graphischen Verbände darum, vor Stellenangeboten der Kartographenfabrik „Nomen“ zu warnen. Die betreffende Firma will ihrem Betrieb eine eigene Buch- und Steindruckerei angeschlossen, weigert sich aber bisher ganz entschieden, den Tarif anzuerkennen. Da die Firma infolge dessen in Holland keine Arbeitskräfte bekommen kann, trachtet sie, solche aus Deutschland zu bekommen; ihre diesbezüglichen Inserate finden sich hauptsächlich im „Klisché“, was entsprechende Beachtung verdient.

Ein Appell an das Kulturgewissen der ganzen Welt. Als Protest gegen die willkürliche Zurückhaltung von

über 400000 deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich appelliert der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften) dieser Tage durch einen umfangreichen Aufruf an die Arbeiterklasse aller Länder. Nach einer eindringlichen Darstellung der Vorgesichte und des gegenwärtigen Standes der politischen Sachlage im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Friedensvertrags und den Bemühungen der deutschen Regierung, die Verpflichtungen aus diesem Vertrage nach besten Kräften zu erfüllen, wendet sich der Aufruf insbesondere an die französischen Arbeiter und die französischen Gewerkschaften. Es wird darauf hingewiesen, daß sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereits am 30. September d. J. an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit der Bitte gewandt hat, zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen bei der französischen Regierung vorzutreten zu werden und daß der Internationale Gewerkschaftsbund tatsächlich eine in diesem Sinne geballene Eingabe am 7. Oktober an den Präsidenten Clemenceau gerichtet hat. Darauf ist bis heute eine Antwort nicht eingegangen. Statt dessen aber hat Herr Clemenceau die bekannte Rede gehalten, wonach Deutschland die Pflicht anerkennt, werden soll, an Stelle der Kriegsgefangenen den französischen Unternehmern 900000 deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen — d. h. also: Deutschland erhält seine Kriegsgefangenen nur zurück, wenn es an deren Stelle andere Gefangene nach Frankreich entsendet! Angesichts dieser Tatsachen werden die französischen Arbeiter und insbesondere die französischen Gewerkschaften gefragt: „Seht Ihr denn nicht, wie das französische Unternehmertum in trauter Gemeinamkeit mit Curer Regierung die deutschen Kriegsgefangenen, eure Klassengenossen, zurückhält, nur zu dem Zweck, um sich aus der Sklavenarbeit der Kriegsgefangenen die Taten zu füllen? Seht Ihr nicht, wie die deutschen Kriegsgefangenen zugleich auch dazu mißbraucht werden, um eure eignen berechtigten Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegsgefangenen, gebraucht werden, um sie gegen euch auszusuchen an können, wenn Ihr es wagen wolltet, einen gerechteren Anteil am Ertrag eurer Arbeit zu fordern! Wenn Ihr das einseht — und Ihr müßt ja erkennen, daß es so ist —, dann richtet wie an euch, französische Arbeiter und Klassen-

genossen, die ganz besondere Aufforderung, uns in unserem Kampf um die Befreiung unserer gefangenen Brüder wirksam zu unterstützen!“

Feuerungszulagen für Unfallrentner. Im „Reichs-geheblatt“ Nr. 229 vom 29. November wird unter Nr. 7152 eine Verordnung über die Gewährung von Zulagen zu Verlehtrenten aus der Unfallversicherung veröffentlicht, wonach Verlehte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente beziehen, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1920 auf Antrag eine monatliche Zulage von 20 Mk. erhalten.

Zur Reform der Krankenversicherung. Der 23. deutsche Ortskrankenkassentag, der kürzlich in Leipzig stattfand, hat beschlossen, den heuligen Verhältnissen entsprechend, zu beantragen: „1. Die Erhöhung der Grenze für die Versicherungsspflicht bis auf 10000 Mk. ausdehnen. 2. Den Grundlohn für die Krankenversicherung bis auf 20 Mk. pro Tag festzusetzen.“ Damit können die Versicherten einverstanden sein; nicht aber damit, daß man mit diesen beiden wichtigsten Änderungen bis zur Friedlung der Reform wartet, welche nach dem vorliegenden Material lange Zeit, vielleicht Jahre, in Anspruch nehmen kann. Der Verbandstag der Ortskrankenkassen Sachsen-Anhalts, der am 7. Dezember in Magdeburg tagte, nahm nach Begründung durch den Vertreter der Ortskrankenkasse für graphische Betriebe den Antrag einstimmig an, die Regierung zu ersuchen, ohne Rücksicht auf die kommende Reform die Versicherungsgrenze auf 10000 Mk., den Grundlohn auf 20 Mk. festzusetzen und diese Änderung durch ein Notgesetz umgehend einzuführen.

Erweiterte Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Durch gemeinsame Verhandlungen der Einzelstaaten mit dem Reichsjustizministerium wird in Zukunft die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf 200 Mk. und die der Kaufmannsgerichte auf 600 Mk. erhöht.

Gefährliche Valutaschwankungen deutscher Exporteure. In Nr. 138 hatten wir in einem besonderen Artikel unter „Volkswirtschaft“ die Valuta im Zusammenhang mit dem Lohnproblem in ausführlicher Form verhandelt und machen gefucht. Das an und für sich äußerst komplizierte Problem erfuhr nun in den letzten Tagen noch eine besonders

drastische Beleuchtung durch die Zulassung eines deutschen Exporteurs, also einer Handelsfirma, die sich in der Hauptsache mit der Ausfuhr deutscher Waren nach dem Ausland beschäftigt, an den Berliner „Vorwärts“. Zur Veranschaulichung unserer Darlegungen seien die Hauptpunkte dieser sachmännischen Illustration auch hier festgehalten: Die deutschen Exportfirmen stellen durchweg ihre Waren in ausländischer Währung in Rechnung. Wird nun die Rechnung vom ausländischen Empfänger der ausgelieferten deutschen Waren bezahlt, so erfolgt die Zahlungsanweisung durch ausländische Schecks an eine deutsche Bank. Diese war oder ist verpflichtet, die betreffende Summe nach dem Stande der Valuta an den deutschen Gläubiger zur Auszahlung oder Verrechnung zu bringen. Solange die Valuta ziemlich normal, d. h. gleichwertig blieb, hatte das keine Bedenken. Sobald jedoch infolge der deutschen Stapelluft ins Ausland eine Überführung des Auslandes mit deutschem Papiergeld eintrat, sank naturgemäß auch die Nachfrage und damit dessen Wert im Ausland, die Valuta wurde für Deutschland immer ungünstiger. Da nun das privatkapitalistische Profitstreben aus allen Blasen Sotig zu laugen sucht, so diente selbst das Sinken des deutschen Marktwertes im Ausland vielen deutschen Exporteuren als eine besondere Gewinnquelle. Nicht genug damit, daß sie die deutschen Produkte im Ausland gegenüber den ausländischen Preisen postbillig, aber trotzdem immer noch mit erheblichem Profit verschleuderten, suchten sie sich obendrein noch durch einen besonderen Profit an der deutschen Volkswirtschaft schadlos zu halten; und dazu mußte das Fallen der deutschen Valuta dienen. Während sie bei normalem Valutastand auf kürzeren Zahlungsfristen bestanden, spekulierten sie nun auf ein ferneres weiteres Sinken des Marktwertes, indem sie sich ein Bankkonto in jedem Land eröffnen ließen, das es ihnen ermöglichte, die Sereinnahme ihrer ausländischen Guthaben ganz nach dem Stande der Valuta fällig werden zu lassen. Je tiefer dann der Marktwert sank, desto mehr deutsche Mark erhalten

sie in Deutschland auf die ausländischen Zahlungsanweisungen. Auf der anderen Seite stiegen sie im Ausland ihre Verpflichtungen nur durch ihre ausländischen Guthaben. Dadurch sank die Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln noch mehr und trug um so stärker dazu bei, daß die deutsche Valuta immer ungünstiger geworden ist. Dadurch wird die Ausplünderung des deutschen Warenmarktes durch das Ausland nur noch mehr erleichtert. Der ausländische Käufer oder der inländische Exporteur kann in Deutschland selbst teuer aufgekauft Ware im Ausland noch mit erheblichem Verdienst abgeben, weil die Kaufkraft der Reichsmark im inneren Deutschland ganz erheblich höher ist als der Kurswert der Reichsmark in der ausländischen Börsenbewertung. Es droht demnach Ausplünderung der gesamten deutschen Warenbestände, nach deren Erhöhung für den gesamten Inlandshandel eine gewaltige, plötzlich einsetzende Steuerung droht, weil die Rohwaren, die zur Anschaffung neuer Waren erforderlich sind, vom Ausland bezogen werden und in ausländischer Währung bezahlt werden müssen. So tragen deutsche Exporteure zum „Wieberaufbau“ der deutschen Volkswirtschaft bei! Der Gewährsmann des „Vorwärts“ macht zur Abhilfe dieser doppelten Notlage den Vorschlag, daß durch ein sofortiges Reichsgezet bestimmt wird, daß die Ausfuhr aller deutschen Waren nur gegen Hinterlegung einer eidesstattlichen Wertdeklaration erfolgen darf, in welcher der Wert der Ware zum Goldkurs bemessen ist, und wenn die exportierende Firma gezwungen wird, die Sereinnahme des Gegenwertes ihrer Exportdeklaration in Reichsmark innerhalb einer bestimmten Maximalfrist (30 Tage bis drei Monate) nachzuweisen. Nur durch Einführung einer derartigen Maßnahme wird der Verkleinerung deutscher Güter ein Ziel gesetzt und wird eine Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln in den ausländischen Börsenplätzen, die seit Monaten überhaupt so gut wie aufgehört hat, wiederum herbeigeführt.

Briefkasten
 S. St. in D.: Ihre Anfrage wird im Bericht über die Gewerkschaften beantwortet. — M. St. in D.: In diesem Bericht ging nichts ein. Näheres drückte. Grub. — T. u. d. W. in D.: Da es sich um eine außerordentliche Forderung handelt, können wir davon keine Notiz nehmen. — G. St. in D.: „Die Wirtschaft“ erscheint in einem Verlag in Bern; Näheres hier in nächster Nummer. — W. St. in D.: Wir bitten um Mithilfe; alle Angaben, die auf die Welt wird erst im nächsten Jahr erfolgen können, die auf die Seite mehr als genug Material vorliegt. — Gr. St. in D.: 3,20 Mk. — H. St. in D.: 3,60 Mk.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 23, Chausseest. 511.
 Fernsprecher: Amt. Kurwürst, Nr. 1191.

Berlin. Dem Geber August Pflumm (Hauptbureau: Nummer 49644) wurde ein zweites Buch (Berlin Nr. 7024) ausgestellt, da das erste (Berlin Nr. 6982) angeblich auf der Post verloren gegangen ist.

Besammlungskalender
 Ersch. Verammlung heute Sonnabend, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Prinz Reg. Saal, Tallstraße.
 Gew. Verammlung Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, in der „Österreichischen Turnhalle“.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
 Artikel: Gewerkschaften. — Ihre Lehrlinge. — Lehrlingskämpfe aus der Arbeit. —
 Korrespondenzen: So na. — Darmstadt. — Koblenz. — Mesbach. — Mü. Dorf. — Münster. — Offenbach. — Pöschel. — Sonneberg. — Stolp. — Ulm-Neulim.
 Rundschau: Buchdrucker in öffentlichen Diensten. — Ein trauriges Beispiel! — Vorschlag bei Stellenangeboten aus Holland. — Ein Appell an das Kulturgewerbe der ganzen Welt. — Feuerungsanlagen für Luftkessel. — Zur T. Form der Strahlenforschung. — Ermittelte Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — Gelährliche Valutalagebung deutscher Exporteure.
 Abrechnung des Verbandsleiters und Protokollauszug aus der Vorstandssitzung im zweiten Quartal 1919.

Sehmaschinenbeheizung . . . Neujahrstarten-Austausch 1920

mittels Heißwasser-Entwicklungs-Automat mit neuften regulierbaren Brennern für alle Typen von Sehmaschinen sowie für die Stereotypie richtet ein unter garantiert tadelloser Funktion
 J. Buttgereth, Eis-naach, Telephon 590.

Wiederholt ist der Wunsch ausgesprochen worden, einen Austausch von Neujahrdrucksachen vorzunehmen. Wir kommen dem nach und bitten, 250 Exemplare an unsre Geschäftsstelle einzulenden. Die Beteiligungsgebühr beträgt für Vereinigungen, die Drucksachen einenden, 3 Mk., für andre 6 Mk. Eine rege Beteiligung der Vereine ist erwünscht.

Berein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen (Gau Leipzig B. d. D. B.)

Mittwoch, den 17. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, im „Volkshaus“:
Gaumitgliederversammlung
 Tagesordnung: 1. Geldbewilligung für die Arbeitslosen. Invaliden, Frauen der in Kriegsgefangenschaft befindlichen Kollegen sowie für die Kriegswitwen anlässlich der Weihnachtsfeier. 2. Berichtserstattung über die Gewerkschaftshilfen eventuell Tarifausgleichung.
 Nur das Gaumitgliedsbuch oder Arbeitslosenharte berechtigen zum Eintritt.
 Zahlreichem Besuche steht entgegen.
 Der Gauvorstand. Karl Engelbrecht, 1. Vorsitzender.

Deutscher Buchdruckerkalender 1920

Der Verband der ersten Auflage wird Sonnabend, den 13. Dezember, beendet. Mittwoch, den 18. Dezember, beginnt der Verband des Nachdrucks. Dieser Nachdruck ist auch schon vergriffen. Weitere Bestellungen können nicht mehr erledigt werden.
Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker
 Vbl. Verlag, Leipzig, Salomonstraße 8. Postcheckkonto 53430.


FACHBÜCHER als Weihnachtsgeschenke!

E. Hallupp
Die Kalkulation von Druckerarbeiten
 Nach dem Stande vom 1. Oktober 1919. Portofrei 2,50 Mk.
 H. Niehammer
Das Ausschleifen der Druckformen
 Unter Berücksichtigung der Falzmaschinen. Portofrei 2,55 Mk.
Alphabethefte für Skizzierzwecke
 Heft Flinisch-Dauer 3,55 Mk. Heft Ludwig & Mayer 1,30 Mk.
 Heft Stempel . . . 2,55 Mk. Heft Scheller & Gießecke 1,05 Mk.
 Heft Klingspor . . . 1,55 Mk. Heft Stempel (All. Heft) 0,55 Mk.
Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker
 Abteilung Verlag/Leipzig, Salomonstraße 8/Postcheckkonto 53430

Sauger Schweizerdegen
 Sucht Stellung: Möchte sich gern als Maschinenmeister weiter ausbilden. Gest. Zuschriften unter J. K. Nr. 49 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zu kaufen gesucht:
 Rotationsmaschine, Sehmaschinen, Schnellpressen, Schneidemaschinen, Ziegel usw.
 Vermittler Provision!
Säkulum-Verlag
 Berlin SO 16, Franzstraße 10.
 Telephon Moritzplatz 14330.

Für den Weihnachtstisch!
„Das Schriftgießergewerbe in Deutschland“
 von Dr. Hans Bädcl.
 Zweite Auflage. Brosch. 2,80 Mk. und 20 Pf. Porto. Zu beziehen durch:
 Hermann Bädcl, Schmölin (S.-M.).

Ausnahme-Angebot!

100 Sprechapparate
 trichterlos, mit Salouffe. Gehäuse hell Eiche, 37-39 cm. Leichtes Werk und prima Schalldose, das Stück nur 134
145 Mark
 Mit 1000 Nadeln und 4 Musikstücken 25 Mark mehr.
 C. F. Vog, Musikwaren
 Ostrow 1. M., Oleviner Straße 32.

Motivenschatz „Typograph“ Serie A. neuße Ausgabe. Inerhöchster Herstellung von zeitgemäßen Druckarten. In Ref. 4,50 Mk. bei Vereinf. Nachn. 4,80 Mk. G. Wienands, Graph. Verlag, Wonn a. Rh., Rosental 42.

Schriftgießer
 für Goucher-Komplettmaschine und tüchtiger
Schlichter
 in dauernde Stellung gesucht.
 Benj. Krebs Nachf., Frankfurt a. M.

Interaktanzießer
 für Ausschleifkonstruktion sucht
 Gerolds Nachf., Pöschel.
Typographische (B)
 durchaus erfahren, zum sofortigen Eintritt gesucht.
 „Zweit-gauer Zeitung“, Freiburg i. Br.
Maschinenmeister
 19 Jahre alt, sucht Stellung, wo er sich an Rotation ausbilden kann. Werte Angebote unter Nr. 64 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
Musikinstrumente
 aller Art
 hervorraagende Güte
 Max Dörfel, Klingenthal, S. M.
 Preisliste frei
Maschinenband
 Erledensqualität, liefern
 Wegner & Moll,
 Düsseldorf, Walsdorf-Str. 112.

Kaufmännische Organisation
 der Buchdrucker (Buchführung, Preisberechnung), Gelegte Fachbücher im Graph. Verlag S. Sieg, München 8, Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Erst jetzt erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser wertiges Mitglied, der Geber
Otto Schulz
 aus Ebing, ein Opfer des Weltkriege geworden ist.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Der Bezirksverein Gresswald, Der Ortsverein Gresswald.

Zu den vielen Opfern des langen Weltkrieges zählt nun auch unser liebes Mitglied, der Kollege
Wilhelm Baum
 geboren in Fürstenwalde (Spreew), zuletzt in Landsberg (Maribe). Derselbe erlitt den Tod durch Einschlagen eines französischen Lastautos in einen Trupp Gefangener. Auch ihm bewahrt ein ehrendes Andenken
 Bezirksverein Frankfurt a. d. O.
 Am 9. Dezember verschied unser braver Kollege, der Geber
Alwin Stühner
 im 83. Lebensjahre.
 Ein lieber Kollege ist von uns gegangen. Es wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Der Ortsverein Franhenberg.